

# Zeitung

15 Pfennig  
(150 Blattseiten)

**Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen** Kurzsattel

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurzsattel der Berliner Börse und amerikanischem Fundament, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarisches und Verlagsrecht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Verlag (Ullstein) Chefredakteur: Georg Bornhard, Verantw. Redakteur: (M. A. u. d. H. Handelt) Carl Misch, Berlin. Uebers. Manuskripte werden zur zurückgegeben, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Verlagspreis: Zentrale Ullstein, Am Dönhofsplatz 8600 — 8608, für den Fernverkehr Am Dönhofsplatz 8608 — 8610, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheknummer Berlin 650.

## Der Tag der Industrie.

Am ersten Mal seit zehn Jahren hat gestern die deutsche Industrie in Berlin eine überaus großen Erfolg veranstaltet. Die leitenden Männer des Reichesverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die diese Tagung einberufen hatten, sind aber viel zu unterschiedlich und zu langsam, als daß sie jetzt schon die Zeit für gekommen halten, um wieder wie früher belanglose Feste und leere Stimmungen zu veranstalten. Der Berliner Industrie-tag hatte schon seine mehrerwähnten Gründe. Ganz vor den Reihen wollte man noch einmal versuchen, die Industrie zu erheitern, die man in der letzten Session der Reichstags-Deputation gemüht hat. Und zugleich wollte man gerade jetzt, wo innerhalb der industriellen Verbände die Gegenstände sich verschärfen, in einer großen Demonstration die Einigkeit aller industriellen Gruppen betonen.

Der Industrie-tag sollte also ein Friedenstag, ein Tag des Aussetzens und der Beruhigung werden. Aber wie man einmal innerhalb des Präsidiums des Reichesverbandes die Kräfte und die Temperamente verteilt sind, wurde es ein Großkampftag echter Ordnung. Ein Kampftag nicht nach innen. Hier scheint es schon bei den Vorkonferenzen der Unterabteilungen und Ausschüsse gelungen zu sein, bei oppositionellen Erörterungen die Spitze zu nehmen und, wenigstens für die Generaltagung, die Einheitsfront zu sichern. Die Kampfführung der Industriellen richtete sich vielmehr gegen die Regierung und gegen diejenigen, die in letzter Zeit die Kräfte nicht beilegen konnten, an der Wirtschaftspolitik der Schwerindustrie und dem von ihr betriebenen Reichesverband Kritik zu üben.

Der Wortführer im Kampf war der Deutsche Generaldirektor Dr. Albert Brügger, der sich in scharfen Worten über die letzten Maßnahmen der Regierung äußerte, aber auch eben so bestimmt die Forderungen der Industrie an die neue Regierung erließ. In welcher Linie diese Forderungen liegen, ergibt sich aus der parteipolitischen Einstellung Brüggers, der auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei steht und einer der führenden Köpfe der großen Koalition ist. Das immer wiederholte Betonen der Industrie zum Staatsgedanken zeigt sich schließlich zusammen mit der Bewegungstheorie, die die Großindustrie fordert. Es ist eigentlich das alte Ideal des Reichesverbandes, das hier in seiner industriellen Gruppe des Reichesverbandes heute vertritt.

Beobachtet ist es, daß in der öffentlichen Tagung nicht stärker die Bereitwilligkeit der Industrie zur Übernahme von Reparationslasten zum Ausdruck kam, wie das am Tage vorher in der internen Mitglieder-Versammlung durch den Vorsitzenden des Reichesverbandes, Generaldirektor Brügger, ausgesprochen wurde. Man darf hoffen, daß diese Schweigekarte nicht auf einer Unkenntnis innerhalb der leitenden Kreise der Industrie beruht, und daß endlich die ganze Industrie, auch diejenigen Männer, die wie Hugo Sinnens früher die militärische Vergütung deutschen Gebietes maximalen Leistungen vorzuziehen erklärt haben, zu der Erkenntnis gelangt sind, daß das deutsche Volk, und zwar alle seine Teile, nur durch Vergabe von Gut und Geld sich vor Schlimmerem bewahren kann.

In der Form zurückhaltender, aber in der Sache nicht minder scharf waren die Ausführungen, die der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigungen, Geheimrat Ernst von Dörfel, über die Industrie und die Volkspartei machte. Er ist nämlich auch heute ausnahmslos einseitig geworden, wie kritisch gegenwärtig die sozialpolitische Situation ist. Die Zentralarbeitsgemeinschaft, die in den Revolutionsjahren von 1918 zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und der Arbeiter-Organisationen gebildet wurde, liegt heute in Trümmern. Der Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit ist noch im Gange, und dazu kommt als neues Erziehbild die Regelung des Schichtwesens. Die Arbeitgeberverbände bekennen sich zum mindesten zum mindesten zum mindesten, aber die Arbeiterverbände nicht. Man darf hoffen, daß in dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und in dem Gedanken des Koalitionsrechtes, aber als Äquivalent verlangen die völlige Koalitionsfreiheit für beide Parteien, und möglichst große Zurückhaltung des Staates. Es liegt nun aber einmal im Wesen der Sozialpolitik, daß sie sich mit dem alten manifesten Freiheitsbegriff nicht immer verträgt, und die sozialpolitische Aufgabe des Staates ist es gerade, dort einzugreifen, wo die freie Betätigung des Stärkeren den Schwächeren zu erdrücken droht. Auch hierin ist es notwendig, daß die Arbeiter nicht auf sich selbst verlassen, die Initiative in dem Programm der Arbeitgebervereinigungen gubegeben ist.

Die Arbeitgeber sollten es sich aber auch in ihrem eigenen Interesse überlegen, ob der Weg, den sie jetzt einschlagen, nicht ein Weg ist, der richtige ist. Unverkennbar machen sich jetzt in manchen Arbeitgeberorganisationen Bestrebungen geltend, die ganze Industrie über für das ganze Reich aufstellenden Tarifverträge loszukommen und statt dessen zu Vertikaltarifverträgen überzugehen. Die Wertgleichheit zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern desselben Betriebes ist

etwisch genäh etwas Festhaltenswertes, aber sie zur Grundlage eines neuen Sozialsystems zu nehmen, hat doch auch seine Schattenseiten.

Man vergesse nicht, daß die großen Gewerkschaften, wie sie hier in Deutschland herausgebildet haben, auch wenn sie noch außen hin als Vertreter des Klassenkampfes auftreten, aber doch als keine Interessenten-Organisationen auftreten, doch zugleich die stärkste Stütze des Arbeitersindens bilden. Nimmt man den Gewerkschaften ihr Betätigungsfeld im Tarifwesen, so besteht die Gefahr, daß in Deutschland, ebenso wie in der romanischen Ländern, die syndikalistische Bewegung, d. h. die dezentralisierte, an den Betrieb gebundene Form der Arbeiterorganisation an Bedeutung wächst. Und was für Unruhe der revolutionäre Sozialismus in den Betrieben hervorruft, sollte es gerade in jüngster Zeit nicht an Frankreich ablesende Beispiele. Dazu kann man sich wohl darauf verlassen, daß

## Poincaré bildet das Kabinett um.

### Sonntag vor der Kammer?

Wichtigsteinstunde der „Vossischen Zeitung“  
vi Paris, 27. März.

Gegen 7 Uhr wurde durch ein amtliches Communiqué bekanntgegeben, daß Poincaré das Kabinettbildung offiziell übernommen hat.

In unterirdischen Kreisen rechnet man mit der Wahrscheinlichkeit, daß das neue Kabinett am Sonntag der Kammer vorfallen wird. Poincaré wird neben dem Präsidium des Postkabinetts des Reiches sein.

Den französischen Pressevertretern ist gleich nach der Unterhaltung zwischen Willard und Poincaré im Laufe von einer halben offiziellen Persönlichkeit erklärt worden, das neue Kabinett werde sich der Kopf der Postkabinetts nach von dem bisherigen Kabinett nicht derartig unterscheiden, wie vielfach angenommen wurde. Es sei aber mit Sicherheit zu erwarten, daß das in Bildung begriffene Kabinett eine ganze Reihe von neuen Namen aufweisen werde. Aber diese neuen Namen war bisher nichts zu erfahren.

Poincaré hat sich bei den Pressekreisen heute nachmittag im Quai d'Orsay, wo er um 2 Uhr wieder eingetroffen ist, nach neuen Aufgenommen. Um 2 Uhr 10 Min. wurde der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten, Le Troquer, bei Poincaré eingeführt. Er war eine halbe Stunde später kam der bisherige Kriegsminister Magasin im Quai d'Orsay an und wurde von Poincaré eingeladen, an der Unterhaltung mit Le Troquer teilzunehmen. Diese Unterhaltung dauerte bis gegen 6 Uhr.

Poincaré fuhr tags nach 6 Uhr am Esplanade vor, um Willard über den Stand seiner Verhandlungen zur Bildung des neuen

ein beauftragter Sozialismus „gründlicher“ wäre, als es der französische über der Halbinsel ist.

Auch hier sollte auf die Klugheit und die Eigenliebe das deutsche Unternehmertum davon bemerken, aus ihrer jetzigen Disposition heraus folgenwürdige Schritte zu begehen.

Wägung auf wirtschaftlich- und sozialpolitischen Gebiet ist aber auch für die Unternehmern und Arbeitgeberverbände das beste und vielleicht einzige Mittel, ihre jetzige Beschaffenheit aufrecht zu erhalten. Denn es ist doch nicht lo, wie Herr Dr. Brügger geteilt meinte, daß von außen Zwangsrecht in die Verbände hineingetragen wird. Sinner und behebbar Gegenstände befinden und bestehen fort wie in allen großen Organisationen. Sie werden aber erst zum Sprengmittel, wenn die leitenden Männer im Reichesverband und in der Arbeitgebervereinigungen es nicht verstehen, den Mittelweg zu gehen und stattdessen den Selbsthätigen und Geschäftsmännern folgen.

R. L. n.

## Bewegte Deutschland-Debatte im Unterhaus.

### Macdonalds Friedensprogramm.

Wichtigsteinstunde der „Vossischen Zeitung“  
wie London, 27. März.

Bei der heutigen Deutschland-Debatte kam es zu lebhaften Streitigkeiten, die durch einen Angriff Lloyd Georges auf Ramsay Macdonald und auf die Friedenspolitik der Arbeiterregierung hervorgerufen wurden.

Die Debatte wurde durch Asquith eingeleitet, der im Namen der liberalen Partei eine große Anzahl Fragen über die Substanz in Deutschland an Ramsay Macdonald richtete. Die erste Frage Asquiths betraf die Haltung mit den Bergbauarbeiten im Ruhrgebiet und im Rheinland. Er fragte, ob die englische Regierung dem Wunsch von Bergbauern zuzustimmen der deutschen Industrie und der Weim die notwendige Goschuld westen und ob dabei die englischen Interessen ausreichend wohngenommen werden. Es ist hierzu von englischen Beobachtern festgestellt worden, daß die französische Regierung eine Regelung der Reparationsfrage vorzuziehen, indem sie verweigert, das Rheinland und das Ruhrgebiet zu einem französischen Reparationsreservat auszuweisen. Asquith fragte weiter, welche Nachrichten die Regierung aus der Weim habe und warum der englische Vertreter im Reparationsrat sich damit einverstanden erklärt habe, daß Rossmann zum deutschen Delegierten in der Reparationskommission ernannt wurde, und daß der Weltbundrat es ablehnte, die Gardelegen zu hören, die für einen anderen Kandidaten eingetreten sei. Ferner

verlangte er Aufklärung darüber, warum die französische Regierung noch nicht durch die im Friedensvertrag vorgesehene lokale Demarkation erfüllt worden sei. Asquith fragte dann, wann die Regierung den Bericht der Gouvernementskommissionen der Reparationskommission erwarten wolle, die die Regierung in dieser Frage vorzutragen beabsichtigt. Dann wurde sich Asquith der Substanzfrage zu; er verweist zunächst auf die Paragraphen 42, 43 und 44 des Friedensvertrages und verlangt von der Regierung Aufklärung, inwiefern sie beabsichtigt, über diese Bestimmungen des Vertrages hinaus Frankreich eine größere Sicherheit zu geben, indem sie auszuweisen englisch-amerikanische Garantieverträge. Zum Schluß wies Asquith darauf hin, daß nach seiner Ansicht Frankreich Sicherheit nur erlangen könne durch einen allgemeinen Vertrag im Rahmen des Weltbundes, der zu einer wirksamen Friedensorganisation erweitert werden müsse durch Aufnahme von Deutschland.

In Antwortung der Fragen Asquiths erklärte Ramsay Macdonald, daß die englische Regierung in einigen Wochen in dem Lage sein werde, ein Diauch zu veröffentlichen, in dem die englische Standpunkt im Verlaufe der Verhandlungen über die Friedensfrage vom Jahre 1918 bis 1922 dargestellt wird. Wenn die Sachgegenstände ihrer Berichte erhalten würden, sei der englischen Regierung unbekannt, man nehme aber an, daß noch einige Wochen darüber vertragen werden.

Ramsay Macdonald erklärte, daß die Frage Gelegenheiten benutzen wolle, um ein für allemal kategorisch festzustellen, daß die englische Regierung von dem Augenblick an, als die Reparationskommission